



Dr. Wilhelm Stuckart (1902 – 1953)
Staatssekretär im Reichsministerium des Innern

Wohnsitz 1942: Am Sandwerder 28, Berlin-Zehlendorf

Wilhelm Stuckart ist 1919 Mitglied eines Freikorps. Später studiert er Jura. 1930 tritt er in die NSDAP ein. 1933 wird er Staatssekretär im Erziehungsministerium. Dort ist er an der Entlassung von Jüdinnen und Juden aus Schulen und Hochschulen beteiligt. Seit 1935 leitet er eine Abteilung im Innenministerium, die antijüdische Gesetze erarbeitet. Bei der Besprechung am Wannsee wendet sich Stuckart gegen die Deportation von »Mischlingen«. Er begründet seine Haltung mit dem »Verwaltungsaufwand«. Stattdessen schlägt er vor, sie zu sterilisieren. Außerdem fordert er die Zwangsscheidung von »Mischehen«.

Lebenslauf

- 1902 Geboren in Wiesbaden als Sohn eines Gepäckträgers. Abitur
- 1919 Freikorpskämpfer
- 1922 Studium der Rechtswissenschaften in München und Frankfurt/Main. Erster Eintritt in die NSDAP
- 1928 Promotion zum Dr. jur. mit einer Arbeit zum Publizitätsprinzip im Handelsrecht
- 1930 Amtsrichter in Rüdesheim und Wiesbaden. Neueintritt in die NSDAP
- 1932 Beurlaubung. Eintritt in die SA. Anwalt und Rechtsreferent der SA in Pommern. Ehe, vier Söhne
- 1933 Staatssekretär im Preußischen Wissenschaftsministerium, Verantwortlich für die Umsetzung des Berufsbeamtengesetzes

- 1934 Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Einstweiliger Ruhestand nach Streit mit Reichserziehungsminister Bernhard Rust
- 1935 Audienz bei Hitler. Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Darmstadt. Ernennung zum Ministerialdirektor und Titularstaatssekretär im Reichsministerium des Innern. Ausarbeitung der Nürnberger Rassegesetze und Herausgabe eines Kommentars zusammen mit Hans Maria Globke
- 1936 Eintritt in die SS
- 1938 Ernennung zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Zentralstellenleiter für die besetzten Gebiete und Stabsleiter des Generalbevollmächtigten für die Reichsverteidigung (GBV). Teilnahme an der sogenannten Göring-Konferenz am 12. November 1938, auf der weitere Schritte in der „Judenpolitik“ getroffen wurden.
- 1944 SS-Obergruppenführer
- 1945 Innenminister in der Regierung Dönitz. Internierung
- 1949 Verurteilung im „Wilhelmstraßen-Prozess“ zu drei Jahren und zehn Monaten, die als verbüßt gelten
- 1950 Im ersten Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft, 500 DM Geldstrafe. Weiteres Entnazifizierungsverfahren wird mit seinem Tod eingestellt
- 1953 Tod bei Verkehrsunfall

